



**tbb**  
**beamtenbund**  
**und tarifunion**  
**thüringen**

Landesgeschäftsstelle

Schmidtstedter Str. 9  
D-99084 Erfurt

Telefon: 0361.6547521  
Telefax: 0361.6547522  
E-Mail: [post@dbbth.de](mailto:post@dbbth.de)  
[www.thueringer-beamtenbund.de](http://www.thueringer-beamtenbund.de)

## SAVE-THE-DATE

**Wir löffeln gemeinsam die Suppe aus  
am 18.11.2023 – 11-14 Uhr in Erfurt**

Schleppende Digitalisierung, ein zunehmender Fachkräftemangel und die Herausforderungen des demografischen Wandels:

Diese und zahlreiche weitere Probleme im öffentlichen Dienst sind für uns nicht neu, sondern beschäftigen uns als Verbände und Gewerkschaften schon seit Jahren.

Teilweise über Jahrzehnte wurden der Staat und die Verwaltung zusammengespart.

Der Staat funktioniert jedoch nicht ohne Menschen – ohne **UNS**, denn diese Menschen sind **WIR**, die Kolleginnen und Kollegen des öffentlichen Dienstes bei Bund, Land und Kommunen.

**WIR MACHEN STAAT!** Jederzeit. Rund um die Uhr. Auch in Krisen.

**WIR** sind diejenigen, die die Suppe auslöffeln müssen.

**WIR** sind diejenigen, die die jahrelange Sparpolitik im öffentlichen Dienst aushalten.

**WIR** sind diejenigen, die einen funktionierenden Staat aufrechterhalten.

**UNS** fehlt es an Allem.

**UNS** fehlt es an Kolleginnen und Kollegen, die die wachsenden Herausforderungen schultern.

**UNS** fehlt es an modernen Arbeitsbedingungen, die unsere Arbeit erleichtern.

Uns fehlt es nicht nur an mehr Schultern, auf die das **MEHR** an zusätzlicher Arbeit, die durch mehr an Gesetzen uns auferlegt wurde, verteilt werden kann. Uns fehlt es nicht nur an **MEHR** Erleichterungen, die durch mehr Digitalisierung kämen. Uns fehlt es am **MEHR!**

**WIR sind MEHR wert!**

**Und WIR sind VIELE.**

Lasst **UNS** daher zusammenrücken und für bessere Bedingungen aktiv werden.

Deshalb wird der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen gemeinsam mit seinen Fachgewerkschaften am **18. November 2023 in der Zeit von 11 - 14 Uhr** auf die Straße gehen, Flagge zeigen und vom Landtag zur Staatskanzlei laufen.

Eine symbolische Suppe, die wir schon seit Jahren auslöffeln müssen, wird an alle Teilnehmer ausgegeben.

*Lasst uns ins Gespräch kommen und das **WIR** voranbringen.  
Du bist herzlich eingeladen! Komm vorbei!*

**#gemeinsammehrerreichen**

**#Wertschätzungjetzt**

**#öffentlicherDienst**

**#Demokratie**

**#heißeSuppestattleereWorte**



**Heiße Suppe ...  
statt leerer Worte!**

*Mehr Wertschätzung für  
den öffentlichen Dienst*

## **Forderungsbeschluss des dbb zur Einkommensrunde 2023 zum TV-L**

### **Forderungen:**

- Die Tabellenentgelte der Beschäftigten sollen um 10,5 Prozent, mindestens aber um 500 Euro monatlich erhöht werden.
- Die Entgelte der Auszubildenden, Studierenden und Praktikantinnen / Praktikanten sollen um 200 Euro monatlich erhöht werden.
- Die Laufzeit soll 12 Monate betragen.
- Unbefristete Übernahme in Vollzeit der Auszubildenden und Dual Studierenden nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung.

### **Erwartungen:**

- Der dbb erwartet, dass die Beschäftigten der ambulanten und stationären Pflege im Vollzug (Justiz- und Maßregelvollzug) sowie den Landeskrankenhäusern die dynamische Zulage für Pflegekräfte erhalten.
- In den Stadtstaaten erledigen die Beschäftigten sowohl Landesaufgaben als auch kommunale Aufgaben. Die Städte stehen bei der Gewinnung von Beschäftigten in Konkurrenz zum Umland. Der dbb erwartet daher eine monatliche Stadtstaatenzulage von 300 Euro.
- Der dbb konnte in der Tarifrunde Sozial- und Erziehungsdienst 2022 für die Beschäftigten in den Kommunen eine ganze Reihe von Verbesserungen erreichen. Wir erwarten, dass die Verbesserungen aus diesem Abschluss mit den Kommunen auch auf die Beschäftigten der Länder übertragen werden.
- Der dbb erwartet die Tarifierung der Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten (studentischen Hilfskräfte).
- Der dbb erwartet die Tarifierung der bislang außertariflich gezahlten Zulage für Beschäftigte im Gesundheitsdienst in den Zentren für Psychiatrie Baden-Württemberg-
- Die Auszubildenden, Studierenden und Praktikantinnen/Praktikanten in Berlin, Bremen und Hamburg erwarten die Zahlung einer monatlichen Stadtstaatenzulage von 150 Euro.
- Der dbb erwartet zudem die umgehende Erfüllung der Verhandlungszusage aus der Tarifeinigung von 2019 zu Abschnitt 3.7 Teil III der Entgeltordnung der Länder für die Beschäftigten im Straßenbetriebsdienst und Straßenbau.
- Der dbb erwartet Zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des Verhandlungsergebnisses auf die Beamten und Beamtinnen sowie Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger der Länder und Kommunen.